



**Anfragen zum Plenum zur Plenarsitzung am 05.11.2024  
– Auszug aus Drucksache 19/3931 –**

**Frage Nummer 18  
mit der dazu eingegangenen Antwort der Staatsregierung**

Abgeordnete  
**Eva  
Lettenbauer**  
(BÜNDNIS  
90/DIE GRÜ-  
NEN)

Vor dem Hintergrund der aktuellen Gewalt- und Foltervorwürfe gegen die Justizvollzugsanstalt (JVA) Augsburg-Gablingen frage ich die Staatsregierung, ob ihr vergleichbare Vorwürfe wegen gewalttätiger Übergriffe und Misshandlungen von JVA-Bediensteten gegenüber Inhaftierten in anderen Justizvollzugsanstalten in Bayern bekannt sind, einschließlich wegen des Verdachts unrechtmäßiger Unterbringung in besonders gesicherten Hafträumen, in wie vielen Fällen seit dem 01.01.2023 deswegen disziplinarrechtliche Verfahren eröffnet wurden (bitte aufgeschlüsselt nach dem Stand der Verfahren angeben) und wie viele strafrechtliche Ermittlungsverfahren seit dem 01.01.2023 deswegen eingeleitet wurden (bitte aufgeschlüsselt nach dem Stand der Verfahren angeben)?

**Antwort des Staatsministeriums der Justiz**

Solche Vorwürfe, die sich gegen eine Gruppe von Bediensteten der Justizvollzugsanstalt Augsburg-Gablingen richten, sind zu anderen Justizvollzugsanstalten nicht bekannt.

Besonderheit der Nachricht der Anstaltsärztin [REDACTED] vom 18.10.2023 war, dass sie von einer Anstaltsärztin stammte.

Fehlverhalten Einzelner kann man nie ausschließen.

Die nach bundesweit einheitlichen Kriterien geführte Geschäftsstatistik der Staatsanwaltschaften und Gerichte und die ebenfalls nach bundesweit einheitlichen Kriterien geführte bayerische Strafverfolgungsstatistik treffen keine Aussagen zu bestimmten Tatmodalitäten wie Tatort, Status des möglichen Geschädigten als Gefangener oder bestimmten Begehungsweisen. Entsprechende Daten könnten daher nur aufgrund einer händischen Durchsicht aller in Betracht kommender Verfahrensakten erhoben werden, was aufgrund des hiermit verbundenen Aufwands und im Übrigen auch mit Blick auf den für die Beantwortung zur Verfügung stehenden Zeitraum nicht geleistet werden kann.

Im Übrigen wird auf die angekündigte Berichterstattung von Staatsminister Georg Eisenreich im Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration und den angekündigten schriftlichen Bericht verwiesen.

